

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 17.06.2020
Beginn: 19:10 Uhr
Ende: 21:40 Uhr
Ort, Raum: Schelmenbuschhalle Langensteinbach, Am Schelmenbusch, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad

Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler

Herr Alexander Bodemer
Frau Heike Christmann
Herr Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Joachim Karcher
Herr Hans-Gerhard Kleiner
Frau Heidi Ochs
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Michael Wenz

CDU

Herr Günter Denninger
Herr Jürgen Dummler
Herr Peter Kiesinger
Herr Steffen Langendörfer
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried

SPD

Herr Reinhard Haas
Herr Michael Nowotny
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Klaus Steigerwald
Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther
Herr Thomas Guthmann
Herr Andreas Hartmann
Frau Sabine Kronenwett
Frau Simone Rausch
Herr Uwe Rohrer

Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Herr Jürgen Augenstein

Frau Petra Goldschmidt

Herr Joachim Guthmann

Herr Benedikt Kleiner

Herr Ronald Knackfuß

Herr Dr. Klaus Rösch

Sachverständige

Top 3:

Uwe Bartelt (AWB)

Matthias Merker (AWB)

Top 4:

Ulrich Ramsaier (KWA)

Joachim Erb (KWA)

Birgit Schwegle (UEA)

Karsten Thiel (UEA)

Abwesend:

Herr Nicki Konstandin – e - (CDU)

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Beratung und Beschlussfassung zur Planung der Kapazitätserweiterung der Kreiserdaushubdeponie in Karlsbad-Ittersbach**
Vorlage: 67/0935/2020
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung eines Nahwärmesystems in Langensteinbach-Süd**
Vorlage: 67/0934/2020
- 5 **Vorstellung des Vorentwurfes zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften "Badwiesen" in Karlsbad-Langensteinbach**
Vorlage: 60/0916/2020

- 6 **Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung)
Vorlage: 20/0933/2020**
- 7 **Genehmigung von Protokollen**
- 8 **Verschiedenes**
- 9 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 08.06.2020 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 29 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 10.06.2020 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland ,Haas Reinhard, Rohrer Uwe.

zu 1 Bekanntgaben

Keine.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

2.1 Anzeigetafeln AVG

GR Reinhard Haas (SPD) erkundigt sich nach dem Sachstand Montage Anzeigetafeln an AVG Haltestellen. Der Vorsitzende sagt, dass man nachhaken und in der nächsten Gemeinderatssitzung berichten werde.

2.2 Breitbandausbau Karlsbad – Fraktionsantrag CDU zum Ausbau

GR Roland Rädle (CDU) stellt einen Fraktionsantrag zum Breitbandausbau in Karlsbad. Im kommenden Doppelhaushalt 2021/2022 sollen mehr Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden. Außerdem soll konkretisiert werden, welche Straße wann versorgt werden. Grund für den Antrag sei der beschleunigte Bedarf infolge der Corona-Pandemie (Homeoffice, Home-School). Es sei nicht klar, wann was an Vorhaben kommt. Der Vorsitzende erläutert, dass man kreisweit durch die Aktivitäten der BLK relative weit sei und es in allen Ortsteilen POP-Standorte gebe. Man habe begonnen, an den Ortsteilen das Netz bis zum Kabelverzweiger auszubauen. Auf diesem Weg könnten die Haushalte sich – bei Anbieterwechsel – anschließen lassen. In Auerbach, Mutschelbach und Spielberg nutzten dies recht Viele. In Langensteinbach habe man vom POP-Standort im Bereich Rathausparkplatz die Schulen angeschlossen (Grundschule, LGS-Schule, Schulzentrum). Dabei seien viele Privatpersonen ans Netz gegangen. An der Strecke Hauptstraße/Spielberger Straße bestünden auch – allerdings mehr einseitige – Anschlussmöglichkeiten. Im Gebiet "Eichbusch" habe man auf eine Anliegerinitiative hin den Anschluss vorgenommen, die Firma Telekom wollte hier nicht aktiv werden. Im Gebiet KSC seien die Anschlüsse ebenfalls vorangetrieben worden. In Ittersbach könnten sich die Haushalte an der Strecke Richtung Schule anschließen lassen. Aktuell habe die Gemeinde einen Förderbescheid für das Gewerbegebiet Ittersbach erhalten. Wenn die Gemeinde einen flächendeckenden Anschluss machen wollte, müssten ca. 15 Millionen Euro investiert werden. Er schlage vor, dass der Gemeinderat die Höhe der Mittel festlegt und die Verwaltung dann darstelle, welche Maßnahmen damit umgesetzt werden können. Er nehme den Antrag mit in die Haushaltsberatungen.

2.3 ehemalige Mülldeponie Karlsbad-Ittersbach Fotovoltaikanlage

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) stellt den Antrag, dass geprüft wird, ob auf der ehemaligen Mülldeponie in Ittersbach Fotovoltaikanlagen installiert werden können. Dies sei – im Gegensatz zu wertvollen landwirtschaftlichen Flächen – ein geeigneterer Standort. Der Vorsitzende antwortet, dass das Thema Fotovoltaik schon vom Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises (AWB) geprüft wird.

2.4 Straßenmarkierung Linden-/Waldenserstraße

GR Jürgen Herrmann möchte den Sachstand Straßenmarkierung Waldenser-/Lindenstraße wissen. Die Verwaltung wird hier bei der beauftragten Firma nachfragen, wann mit einer Umsetzung gerechnet werden kann.

2.5 Kleidercontainer Leerung

GR Jürgen Herrmann weist darauf hin, dass der Kleidercontainer gegenüber dem Biofachmarkt Göpi in Langensteinbach dringend geleert werden müsse. Dies wird von der Verwaltung an die zuständige Firma weitergegeben.

2.6 Sanierung Schneckengässle

GR Jürgen Dummler (CDU) fragt, ob es Neuigkeiten zur Sanierung des Schneckengässle gibt. Ortsbaumeister Ronald Knackfuß verweist auf die Abhängigkeit von den Baugebietsplanungen. Man habe derzeit erste Einzelangebote und könne noch nicht mehr sagen.

2.7 Sachstand „Gutes Älter werden“

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) erkundigt sich nach dem Sachstand beim Thema „Gutes Älterwerden“ bzw. Bürgerbefragung. Der Vorsitzende sagt, dass es einen Fahrplan gibt und man Verschiedenes plane. Die ursprünglich geplanten Auftakt-Bürgerveranstaltungen würden Corona-bedingt in diesem Jahr nicht durchgeführt. Es sei geplant, über das Mitteilungsblatt die Ergebnisse in Stufen zu veröffentlichen. In der Ausgabe 31 des Mitteilungsblattes (Vollverteilung) sei geplant, diesen Fahrplan abzudrucken. Nach den Sommerferien sollen dann themenbezogenen Ergebnisse aus der Bürgerbefragung dargestellt werden. Die Gesamtergebnisse werden an die Beteiligten elektronisch verteilt. Im Frühjahr 2021 können dann hoffentlich die Auftaktveranstaltungen zur Ergebnispräsentation / Neuaufstellung Bürgerbeteiligung in den Ortsteilen beginnen.

2.8 Radverkehrskonzept

GR Norbert Ried (CDU) fragt nach, wie es in Sachen Radverkehrskonzept in Karlsbad weitergeht. Der Vorsitzende antwortet, dass in den Haushaltsberatungen darüber beraten werden soll. Beim Radwegekonzept werde am Schulzentrum die Überdachung der vorhandenen Radabstellanlage ertüchtigt. Aktuell seien drei Wege fahrradtauglich erstellt worden. Auch die Entscheidung zum Ausbau der Feldwege entlang der L 623 gehe in diese Richtung. Es gebe noch einige Wege, die die Gemeinde noch herrichten wolle. Allerdings gelte es, in den Haushaltsberatungen Prioritäten zu setzen.

2.9 Sachstand Medienentwicklungspläne

GR Michael Nowotny (SPD) fragt, ob alle Schulen Medienentwicklungspläne abgegeben haben. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert, dass momentan nur das Gymnasium einen – förderfähigen – Medienentwicklungsplan erstellt habe. Man werde dem Gemeinderat den genauen Sachstand zu den anderen Schulen zukommen lassen.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung zur Planung der Kapazitätserweiterung der Kreiserdaushubdeponie in Karlsbad-Ittersbach Vorlage: 67/0935/2020

Der Vorsitzende erläutert einleitend, dass das Thema bei den Kreisgemeinden unterschiedlich gehandhabt wird. Auch bei den vorhandenen Anlagen werde eine Erweiterung geprüft. „Mir ist klar, dass das Thema keine Begeisterungstürme weckt, allerdings gehe es um die Ablagerung unbelasteter Böden aus der näheren Umgebung“, so der Vorsitzende.

Den weiteren Sachvortrag übernimmt der Geschäftsführer des Abfallwirtschaftsbetriebes (AWB) des Landkreises, Uwe Bartelt. Die Kreisverwaltung wolle in Kooperation mit den Städten die Vermeidung und Wiederverwertung von Bodenaushub vor Ort weiter stärken. Das sei der ökologisch und wirtschaftlich beste Weg der Entsorgung. Schwierig sei dies allerdings besonders für Bodenaushub aus kleineren Bauvorhaben (der „Häuslebauer“). Bei der Deponierung organisierten immer weniger Gemeinden diese Aufgabe in eigener Verantwortung mit eigenen Deponien. Neben der Erweiterung der Deponie in Ittersbach suche der Landkreis auch nach zusätzlichen Möglichkeiten – beispielsweise wolle man eine privat geplante Deponie in Neckarwestheim mit nutzen. Auch die Erweiterung vorhandener Deponien werde geprüft. Die Deponie in Ittersbach solle für den Bedarf des südlichen Landkreises erweitert werden.

Geschichte der Deponie

Auf der Kreiserdaushubdeponie in Karlsbad-Ittersbach wird seit Anfang der 1990er Jahre der nicht mit Schadstoffen verunreinigte Bodenaushub abgelagert, der in den 18 Städten und Gemeinden anfällt und beseitigt werden muss, denen die Entsorgungsaufgabe nicht übertragen wurde. In der Praxis werde der Bodenaushub weit überwiegend aus Karlsbad, Waldbronn und Ettlingen und in geringem Umfang aus anderen Städten und Gemeinden im südlichen Kreisgebiet angeliefert. Die Deponie sei für diesen Raum eine wichtige Einrichtung für die ortsnahe Entsorgung von unbelastetem Bodenaushub zu günstigen Konditionen. Der Landkreis verfüge für die Entsorgung des Bodenaushubs aus den restlichen 18 Städten und Gemeinden nur über die Kreiserdaushubdeponie in Karlsbad-Ittersbach, die voraussichtlich bis zum Jahr 2026 verfüllt sein wird. Sie biete ein Gesamtvolumen von 760.000 Kubikmeter, abgelagert sind rund 43.800 Kubikmeter (Erddeponiebericht 2019), jährlich gehe man von einer Ablagerungsmenge von 60.000 Kubikmetern aus. Die Kreiserdaushubdeponie Karlsbad-Ittersbach ist neben einigen kommunalen Ablagerungsmöglichkeiten, die aber eher im nördlichen Landkreis liegen, derzeit die einzige Kreisdeponie mit Lagerkapazitäten. Die Flächen seien bis zum Jahr 2026 von zwei privaten Grundstückseigentümern gepachtet. 2018 gab der Kreistag den Auftrag, zu prüfen, ob ein Erweiterungsbedarf besteht und falls ja, wie diese technisch möglich sei.

Erste Bedarfsanalyse bestätigt Erweiterungsmöglichkeit in Karlsbad-Ittersbach

Nach der Untersuchung des Ingenieurbüros Prof.-Dr. Uwe Görisch aus dem Jahr 2018 fallen im Kreisgebiet jährlich etwa 2,4 Mg Bodenaushub pro Einwohner an. Für das südliche Landkreisgebiet mit Karlsbad, Waldbronn, Ettlingen, Marxzell, Malsch und Rheinstetten mit insgesamt etwa 100.000 Einwohnern bedeute dies ein jährliches Gesamtaufkommen von ca. 240.000 Mg Bodenaushub, das entsorgt werden müsse. Erfahrungsgemäß werden davon über 80 Prozent verwertet, so dass mit rund 50.000 Kubikmetern pro Jahr zu rechnen ist, die auf einer Deponie abgelagert werden müssen. Auch zukünftig sei mit dieser Menge abzulagernder Erde zu rechnen, auch durch wegfallende Deponiekapazitäten im Landkreis. Der Landkreis verfüge zudem über keinen anderen Standort und es dränge sich auch kein anderer Standort für eine Erdaushubdeponie innerhalb des Landkreisgebietes auf. Grundsätzlich sei bei der Fortführung einer bestehenden Deponienutzung mit bereits vorhandenen Infrastruktureinrichtungen von wesentlich geringeren Umweltauswirkungen auszugehen, als bei der Neuerrichtung einer solchen Deponie.

Technische Konzeption und Umweltauswirkungen

Nach dem technischen Vorentwurf wäre eine Erhöhung der Endhöhe der Kreiserdaushubdeponie von bisher 292 auf 310 m über dem Meeresspiegel auf der bestehenden Deponiegrundfläche möglich. Die Inanspruchnahme von zusätzlichen Flächen sei nicht sinnvoll. Durch eine Erhöhung der Deponie um 18 Meter würde ein Zusatzvolumen von ca. 270.000 m³ geschaffen, was eine Verlängerung der Laufzeit um ca. 10 Jahre bedeuten würde. Die Standsicherheit der dann steileren Deponieböschungen wurde bereits vom Ingenieurbüro ICP aus Karlsruhe untersucht und nachgewiesen. Durch eine Erhöhung der Deponie von bisher 30 auf künftig 48 Meter würde ein etwas höherer Hügel entstehen, der sich jedoch durch entsprechende Bepflanzung in das Landschaftsbild einfügen würde. Aus Blickrichtung vom benachbarten Pflegeheim „Hochmühle“ würde der Deponiehügel zum größten Teil durch den davorstehenden Pflanzenbewuchs verdeckt. Von verschiedenen Büros wurde die Umweltverträglichkeit der geplanten Maßnahme voruntersucht. Die Ergebnisse zeigten, dass nach gegenwärtigem Kenntnisstand keine erheblichen und nachteiligen Umweltauswirkungen durch die beabsichtigte Erhöhung der bestehenden Deponie und deren Weiterbetrieb zu erwarten sind. Dies gilt auch für die Schalltechnik. Die Kreiserdaushubdeponie sei ohne Ortsdurchfahrten für Anlieferungen außerhalb von Karlsbad zu erreichen, so dass die Gemeinde mit keinen zusätzlichen Verkehrsbelastungen rechnen müsste. Bei größeren Mengen könnte eine ortsdurchfahrtsfreie Anlieferung sogar vorgegeben werden, weil sie vorher angemeldet werden müssen. Die ortsnahe Entsorgung von Boden wäre durch die Erweiterung weiter mit wirtschaftlichen Kosten von 10 bis 20 € pro Tonne möglich. Die Erhöhung der Deponie wäre technisch und standsicher machbar, so Bartelt.

Weiteres Vorgehen

Im Sommer 2020 sollen laut Bartelt der Kreistag und alle weiteren Beteiligten über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie informiert werden. Im Herbst soll der Kreistag eine Konzeption zur Entsorgung von Bodenaushub beraten und beschließen. Diese soll neben der Deponieerweiterung in Karlsbad-Ittersbach auf weiteren Maßnahmen fußen. Bei den weiteren Detailplanungen werde die Gemeinde Karlsbad wiederum beteiligt.

Diskussion im Gemeinderat

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler), Roland Rädle (CDU) und GR Reinhard Haas (SPD) bewerten die Überlegungen grundsätzlich positiv. Querbeet wird signalisiert, dass die jetzt geplante Erhöhung auf 310 Meter die absolute Obergrenze sei und der Landkreis unbedingt nach Ersatzstandorten außerhalb von Karlsbad suchen müsse. GR Björn Kornmüller (FDP) sieht ausreichend Zeit für den Kreis um nach alternativen Standorten suchen zu können. GRin Heike Christmann (Freie Wähler) sagte, dass der Ortschaftsrat intensiv diskutiert und mehrheitlich dafür gestimmt habe. Auf verschiedene Nachfragen erläutert Bartelt, dass die Böschungshöhe nicht zu steil sei und den üblichen Werten bundesweit entspreche. Auch bei einem Starkregen müsse nicht mit Abrutschungen gerechnet werden. Man wolle auch nicht die Deponie in die Fläche vergrößern. Dies würde bedeuten, dass in ökologisch hochwertige Böden eingegriffen werde. Der Kreis müsse sehr gut nachdenken, wie Bodenaushub noch stärker vermieden und verwertet werden könne. Man müsse jetzt auch beginnen, nach alternativen Standorten zu suchen. Mit den beiden Grundstückseigentümern wolle man sich über die längere Pachtdauer einigen. Außerdem erfolgten jetzt vertiefte Untersuchungen, z.B.

Umweltverträglichkeitsprüfung, technische Planungen etc.. Auch die Möglichkeit, statt einer Bepflanzung regenerative Energiequellen einzusetzen, werde geprüft.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

- 1) Der Gemeinderat stimmt der Planüberlegung zur Erhöhung der Kreiserddeponie Karlsbad-Ittersbach zu.
- 2) Nach der erfolgten Verfüllung wird keine weitere Erhöhung vorgenommen. Der Landkreis Karlsruhe bzw. der Abfallwirtschaftsbetrieb wird deshalb aufgefordert, ein Standortsuchverfahren durchzuführen und die Ausweisung einer zukünftigen Erdaushubdeponie planungsrechtlich in die Wege zu leiten.

mehrheitlich beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1

**zu 4 Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung eines Nahwärmesystems in Langensteinbach-Süd
Vorlage: 67/0934/2020**

Der Vorsitzende erläutert zu Beginn die Vorstöße zu Quartierskonzepten in Langensteinbach und Ittersbach. In Ittersbach rechnet sich eine Nahwärmeversorgung leider nicht. Daher habe man dieses Projekt eingestellt. In Langensteinbach sei leider ein Großabnehmer – das SRH Klinikum – nicht zu einer Teilnahme an einem erweiterten Nahwärmenetz zu bewegen gewesen. Trotzdem rechnet sich das vorgelegte Modell, wenn alle vier Großabnehmer mitmachen. Darauf aufbauend könnten sich Privathaushalte beteiligen.

Vorstellung der Planung

Ulrich Ramsaier – Geschäftsführer von Kraftwärmanlagen Bietigheim-Bissingen (bisheriger Betreiber der Nahwärmeversorgung im Schulzentrum) erläutert die Pläne. Die elektrische Heizanlage im Schulzentrum sei im Jahr 2005 auf eine ökologische Holzhackschnitzelheizung mit einer Heizzentrale in unmittelbarer Schulnähe umgestellt worden. Jetzt sei geplant, das Nahwärmenetz zu erweitern. Es lägen konkrete Interessen von vier großen Wärmeabnehmern vor: Kurfürstenbad, Ludwig-Guttmann-Schule, Langensteinbacher Höhe und Freibad. Aufbauend auf diesen Abnehmern könnten private Haushalte am geplanten Streckennetz mit angeschlossen werden. Denkbar sei dadurch ausdrücklich auch, das Nahwärmenetz in Zukunft in Langensteinbach noch weiter auszubauen. Ein erweitertes Nahwärmenetz nutze die bestehenden Erzeugungskapazitäten besser aus, ersetze dezentrale Öl- und Gasheizungen und ermögliche eine wirtschaftliche Energieversorgung. Das Konzept habe man in enger Zusammenarbeit mit der Umwelt- und Energieagentur des Landkreises Karlsruhe erarbeitet. Das Wärmepotenzial erweitere sich zum bestehenden Projekt mit 1.594 Megawattstunden deutlich um rund 4.000 Megawattstunden, also um ca. 255 Prozent. Baulich würden ein Blockheizkraftwerk auf Erdgasbasis in einem Nebenraum der Jahnhalle und in der Ludwig-Guttmann Schule sowie ein Pufferspeicher neben der Heizzentrale im Schulzentrum erforderlich werden. Deutlich steigen würde die Wärmebereitstellung pro Jahr durch einen umfassenden Ersatz fossiler Energieträger. Diese erzeugten bisher 3.750 Megawattstunden und künftig nur noch 590 Megawattstunden pro Jahr. Hervorzuheben sei die deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von bisher 1.184 Tonnen pro Jahr auf künftig 478 Tonnen pro Jahr – eine Einsparung von 706 Tonnen pro Jahr bzw. 60 Prozent. Schwerpunkt der geplanten Investitionen sei der Leitungsbau. Sehr vorteilhaft in Karlsbad sei, dass man

nicht mehr viel in neue Heizanlagen investieren müsse, weil es schon einen Bestand gebe. Dadurch rechne sich das ganze Projekt ebenfalls. Nötig sei, den bisherigen Wärmevertrag der bis zum 1. September 2025 laufe, um weitere 10 Jahre zu verlängern. Außerdem spare man CO₂-Steuern von rund 97.000 Euro in der Vertragslaufzeit. Demgegenüber stehe ein Anschlusskostenbeitrag für das gemeindliche Freibad von einmalig 75.000 Euro. Entscheidend für die Wirtschaftlichkeit sei, dass alle Partner mitmachten.

Diskussion im Gemeinderat

Der Vorsitzende meint, dass das Modell am Anfang etwas teurer als die bisherige Variante sei, man allerdings gewaltig CO₂ einspare, den Bestand besser auslaste und verschiedene Partner zusammenkommen und profitieren könnten. Das Klinikum könne sich trotzdem später noch anschließen. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) bewertet das Vorhaben positiv und will wissen, ob es sich noch rechnet, wenn ein Partner abspringt. GR Roland Rädle (CDU) spricht von einer zukunftsweisenden und gut auf die bestehende Struktur passenden Investition einer "Vorzeigekommune in diesem Bereich schon seit 2005". Zu hoffen sei, dass alle Partner bei diesem "Win-Win-Modell" mitmachten. GR Reinhard Haas (SPD) zeigt sich beeindruckt von der CO₂-Einsparung und meint, dass es wichtig sei, für die Planungen zu werben. GR Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) stellt Nachfragen zu der Herkunft des Holzanteils und verweist auf Abholzungen in anderen Ländern ohne ausreichende Aufforstung für Pellets und Holzhackschnitzel. GR Heike Christmann (Freie Wähler) bedauert das Einstellen des Projektes in Ittersbach und will wissen, ob auch die künftigen Baugebiete wie Froschgärten und Schafftrieb angeschlossen werden könnten. Ramsaier bittet den Gemeinderat, für den Anschluss von der Langensteinbacher Höhe und Kurfürstenbad aktiv zu werben. Wenn ein Partner nicht mitmache, müsse das Ganze neu bewertet werden. Man könne neue Kunden in Neubaugebieten mit anschließen. Alleine dadurch werde das Netz allerdings nicht wirtschaftlich. Bezüglich des eingesetzten Holzes stellt er klar, dass die Holzhackschnitzel ganz wesentlich aus der Region kommen und es sich um nicht verwertbares Restholz – z.B. Borkenkäferholz – handle. Gesunde Bäume würden nicht verwendet. Die Holzpellets stammten aus Baden-Württemberg, hier sei man ausreichend gut versorgt. Birgit Schwegle von der Umwelt und Energieagentur des Landkreises sagt, dass man offensiv für den Anschluss von Privaten werben wolle. GR Hans-Gerhard Kleiner (Freie Wähler) fragt nach, was passiert, wenn durch Kredite finanzierte Investitionen nicht zurückgezahlt werden könnten und die Bank durch Pfandrechte in Besitz des Ganzen käme. Dann werde diese – so Ramsaier – sicher einen neuen Betreiber suchen. Bisher sei dies in der Firmengeschichte allerdings noch nie der Fall gewesen.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Konzept zur Umsetzung eines Nahwärmesystems in Langensteinbach Süd grundsätzlich zu.
2. Der Gemeinderat stimmt der Vertragsergänzung Nr. 2 zum Wärmeliefervertrag für das Schulzentrum Langensteinbach vom 12.04.2005/18.04.2005 zu. Die Vertragslaufzeit verlängert sich bis zum 30.08.2040.
3. Der Gemeinderat stimmt der Gestattung zur Nutzung öffentlicher Straßen und Wege zu (§ 9).
4. Der Gemeinderat beschließt den Anschluss des Freibades Langensteinbach an das Nahwärmesystem zu den in der Ergänzung in § 5 formulierten Konditionen.

einstimmig beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 5 Vorstellung des Vorentwurfes zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften "Badwiesen" in Karlsbad-Langensteinbach
Vorlage: 60/0916/2020**

Planerin Petra Schippalies hält Sachvortrag anhand einer Präsentation und erläutert ausführlich die vorgesehenen Inhalte und Festsetzungen im Bebauungsplan. Der Bau- Planungs- und Umweltausschuss habe diesem Vorentwurf bereits zugestimmt. Unter anderem stellt sie dar, dass der jetzige Bebauungsplan Badwiesen für nichtig erklärt wurde. Die zulässigen Nutzungen im Allgemeinen Wohngebiet waren unzulässig eingeschränkt. Die neue Planung habe das Ziel, die Nachverdichtung zusätzlich entlang der Spielberger Straße zu ermöglichen, Grünräume zu sichern und die gemischte Nutzungsstruktur in Form eines „Urbanen Mischgebietes“ entlang der Spielberger Straße fortzusetzen. Damit wären künftig auch mischgebietstypische gewerbliche Nutzungen, die das Wohnen nicht wesentlich stören und über die Versorgung des Gebiets hinausgehende Nutzungen zulässig. Es sollen ferner neue Baumöglichkeiten – allerdings ohne Bauverpflichtung – geschaffen werden. Im Erdgeschoss im Bereich entlang der Spielberger Straße soll jedoch kein Wohnen zulässig sein. Hier sei der Lärm der vorhandenen Straße und des Freibades problematisch. Im restlichen Plangebiet solle als Nutzung „Allgemeines Wohngebiet“ festgesetzt werden. Bei den Verkehrsflächen seien die Spielberger Straße ausreichend breit und leistungsfähig, die Alemannenstraße, Römerstraße jedoch schmal ohne Gehwege. Der Fischerweg würde in seinen derzeitigen schmalen Grenzen übernommen. Dadurch ändere sich die verkehrliche Situation nicht. Dies ermögliche nur eine begrenzte Nachverdichtung von 1 Wohneinheit pro 400 Quadratmeter Fläche. Es sei weiter geplant, die Öffentlichkeit frühzeitig zu beteiligen und die Planunterlagen bis zur Entwurfsfassung weiter auszuarbeiten sowie die Punkte Artenschutz und Lärm mit einzuplanen.

GR Günter Denninger (CDU) befürwortet den Entwurf nicht. Aus seiner Sicht bewertet er "dicht an dicht" gestellte Häuser im vorderen Teil zur Straße hin als gestalterisch nicht förderlich und unattraktiv. Für Dienstleistungen und Geschäfte im Erdgeschoss gebe es keinen Bedarf und es sei für die Privateigentümer nachteilig, wenn im unteren Teil keine Wohnnutzung möglich sei.

Schippalies sagt, dass man mit Grund und Boden sparsam umgehen müsse und es gelte, die innerörtlichen Potenziale auszunutzen. Die geplanten Bautiefen und Baugrößen seien durchaus üblich. Eine Bebauung im vorderen Bereich schütze den hinteren Bestand auch vor Lärm. Es sei durchaus denkbar, dass kleine Unternehmen sich dort ansiedelten. In Langensteinbach sei diese Struktur entlang der Straßen üblich. Die Nutzungsmischung müsse im Gebiet "MU" auch nicht gleichwertig sein.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle über den Vorentwurf zum Bebauungsplan „Badwiesen“ diskutieren und die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit – in Form einer 4-wöchigen Einsichtnahmemöglichkeit – und der Träger öffentlicher Belange beschließen.

mehrheitlich beschlossen Ja 28 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung)
Vorlage: 20/0933/2020**

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung) zum 01.07.2020.

Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 7 Genehmigung von Protokollen

Die Protokolle vom 4.3.2020 und 13.05.2020 werden einstimmig mit 29 Jastimmen genehmigt.

zu 8 Verschiedenes

8.1 Nachtragshaushaltssatzung

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Gesetzmäßigkeit der Nachtragshaushaltssatzung bestätigt worden sei.

8.2 Instagram-Auftritt

Die Gemeinde bereite einen Instagram-Account vor.

8.3 Corona - Freibad Karlsbad und sonstiges

Das Freibad öffne am 24.6. unter Auflagen. Sowohl die Variante Schließung als auch die Variante Öffnung mit sehr vielen Auflagen seien mit Unzufriedenheiten bei der Bürgerschaft für die Gemeinde verbunden. Man habe sich entschieden, zu öffnen um der Bevölkerung ein Angebot machen zu können. Ein elektronisches Buchungssystem sei online, so Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt. Grin Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) sagt, dass man dafür werben müsse, dass das Bad überhaupt offen sei.

Die Corona-Auswirkungen habe man – so der Vorsitzende - bisher in der Verwaltung gut bewältigt. Allerdings seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr eingespannt und man bitte um Verständnis bei Verzögerungen. Die komplexen zu bearbeitenden Fragestellungen kosteten enorm Aufwand. Beispielhaft nennt der Vorsitzende die Hallen mit Hygieneplänen, wieder einsetzender Vereinsnutzung etc.

zu 9 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson